

Resolution der 83. Mitgliederversammlung der DUK

## UNESCO-Netzwerke stärken heißt Kultur des Friedens stärken

Frieden „in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit“ zu verankern: Der Gründungsauftrag der UNESCO ist heute so dringlich wie 1945. Alle Programme und Völkerrechtstexte der UNESCO sind Instrumente für diesen Auftrag – unabhängig davon, ob sie sich der Bildung, der Kultur, dem Umgang mit der Natur, den Medien oder der Wissenschaft widmen. Gleichmaßen sind die universellen Menschenrechte Grundlage für die Arbeit der UNESCO; besonders setzt sie sich für Meinungsfreiheit und für die Freiheit der Künste, der Wissenschaften und der Presse ein.

Diesen Auftrag für Frieden und Freiheit setzt die UNESCO auch gemeinsam mit den Netzwerken der von ihr ausgezeichneten Institutionen und Regionen um: Das erste Netzwerk entstand mit den UNESCO-Projektschulen vor genau 70 Jahren; heute zählen die Stätten des Welterbes, Biosphärenreservate, Geoparks, *Creative Cities* und *Learning Cities*, UNESCO-Lehrstühle, UNEVOC-Zentren und UNESCO-Institute ebenso dazu wie die Einträge ins *Memory of the World*-Register und in das internationale Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes. Weiterhin zählen dazu Partner, die von den UNESCO-Nationalkommissionen anerkannt werden, wie in Deutschland die Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Mit normativen Texten wie der UNESCO-Erklärung von 1997 über die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen und der Erklärung über eine Kultur des Friedens von 1999 wurde in der UNESCO ein breiter Konsens hergestellt, dass Frieden und Freiheit untrennbar mit dem Konzept der Nachhaltigen Entwicklung verknüpft sind. Die Agenda 2030 ist daher heute der wichtigste Referenzrahmen für die Umsetzung des Friedensauftrags der UNESCO. So haben auch die UNESCO-Stätten und UNESCO-Netzwerkpartner den Auftrag, als Lernorte für ein friedlicheres Zusammenleben der Menschen und „Reallabore“ für die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu wirken. Hier kommen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure miteinander ins Gespräch; hier werden die Ziele der UNESCO vermittelt - vor allem über Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Friedensbildung und *Global Citizenship Education* - und fachdidaktisch übergreifend, vor allem auch durch kulturelle Bildung. Gerade grenzüberschreitende und transnational-serielle Stätten können darüber hinaus ganz praktisch Modellregionen des Friedens sein.

Die Deutsche UNESCO-Kommission würdigt,

- dass immer öfter grenzüberschreitende Gebiete oder transnational-serielle Konzepte oder Stätten wie auch internationale Netzwerke (wie UNITWIN) für eine UNESCO-Anerkennung vorgeschlagen werden;
- dass verstärkt auch programmübergreifende und/oder regionale Zusammenschlüsse von UNESCO-Stätten und -Netzwerkpartnern erfolgen, die zugleich für die Nachbarstaaten offen sind;
- dass die UNESCO-Stätten und -Netzwerkpartner in Deutschland bereits weitgehend die UN-Nachhaltigkeitsagenda in ihrem Leitbild verankert haben und in ihrer täglichen Arbeit umsetzen;
- dass immer mehr UNESCO-Stätten und UNESCO-Netzwerkpartner sich dauerhafte, strategische internationale Partner suchen, gerade in Nord-Süd-Beziehungen, wie die Schulpartnerschaften der UNESCO-Projektschulen oder das Nord-Süd-Twinning von Biosphärenreservaten; und
- dass Bund und Länder einige solcher Anstrengungen bereits seit Jahren fördern.

Deutschland verfügt in allen genannten Netzwerken über eine hohe Zahl an Mitgliedern, die aufgrund ihrer hohen Qualität von der UNESCO anerkannt sind und zugleich kulturell, ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungsprozesse antreiben. Sie geben internationale sowie transkulturelle Impulse für die Transformation unserer Gesellschaften. Um ihr enormes Potenzial als Multiplikatoren einer Kultur des Friedens noch fruchtbarer machen zu können, braucht die „UNESCO-Familie“ Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen.

Die Deutsche UNESCO-Kommission fordert den Bund, die Länder und die Kommunen auf,

- die genannten Potenziale von UNESCO-Stätten und -Netzwerken in ihrer öffentlichen Funktion und ihrem gesellschaftlichen Beitrag stärker wahrzunehmen, sie zu nutzen, für diese zu werben und sie in allen einschlägigen Strategien zu verankern, insbesondere der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie;
- den UNESCO-Stätten und -Netzwerken die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, indem sie eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung ebenso wie die nötigen Zuständigkeiten und Organisationsformen erhalten;
- bürokratische Hürden für internationale Partnerschaften von deutschen UNESCO-Stätten und -Netzwerken abzubauen;
- den Beitrag anzuerkennen und zu fördern, den Kultur und Kulturerbe zur weltweiten Nachhaltigen Entwicklung und Friedensförderung leisten: über Maßnahmen der ökologisch nachhaltigen Bewirtschaftung von Kulturinstitutionen hinaus auch in ihrer Bedeutung für soziale Nachhaltigkeit, regionale Identitätsbildung, Konfliktbearbeitung, nachhaltige Wertschöpfungsketten und resilientere Gemeinschaften; und
- die an UNESCO-Stätten und in UNESCO-Netzwerken gewonnenen Erkenntnisse besser in nationale Kultur- und Wissenschaftsdiskurse zu integrieren.

Die Deutsche UNESCO-Kommission will mit Bund und Ländern zusammenarbeiten, um in der UNESCO zu erreichen,

- in den Grundsatzpapieren (Operativen Richtlinien bzw. Statuten) aller einschlägigen Konventionen und Programme Regeln und Umsetzungsmechanismen für internationale Partnerschaften der Stätten und Netzwerke zu verankern;
- operative Mechanismen wie z.B. Online-Plattformen einzuführen, um die Anbahnung der internationalen Partnerschaften zu erleichtern;
- junge Menschen in die Erarbeitung und Umsetzung aller UNESCO-Instrumente und -Programme noch stärker einzubeziehen und sie dabei zu unterstützen; und
- die große Bedeutung der UNESCO-Stätten und -Netzwerke für eine Kultur des Friedens im Programm und Budget der UNESCO angemessen zu verankern.

Die Deutsche UNESCO-Kommission verpflichtet sich als Partnerin der UNESCO-Stätten und -Netzwerke dazu, gemeinsam mit ihnen dafür zu sorgen,

- dass in multinationalen Kooperationen der internationale Wissens- und Erfahrungsaustausch in alle Richtungen auf Augenhöhe stattfindet;
- dass in internationale Partnerschaften die Zivilgesellschaft und junge Menschen als verantwortliche Partner und Multiplikatoren einbezogen werden;
- dass Netzwerk-übergreifende Kooperationen zur Normalität werden;
- dass die Menschenrechte und die Geschlechtergleichstellung treibende Prinzipien des gemeinsamen transformativen Handelns sind;
- dass der Wert von Vielfalt in der Gesellschaft und von Biodiversität verstärkt gefördert wird; und
- dass alle Stätten und Netzwerkpartner sich selbst als Akteure der Kultur des Friedens verstehen und von der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen werden.